und Gegner mit denen der Verbrecher in Uebereinstimmung zu bringen. Der fortschreitende Auflösung der Zwangswirtschaft macht sich indessen im Steigen aller Preise bemerkbar und bedeutet eine immer schwerere

Ernährungskatastrophe,

Wer aus Gewinnsucht Stoffe, die der Ernährung dienen können, den darbenden Volksmassen vorenthält oder sie über Gebühr verteuert, begeht ein schweres Verbrechen an der Volksgemeinschaft. Dagegen sind scharfe Maßregeln anzuwenden, ihre Anwendung wird in dem Maße hinausgeschoben, wie jede Nachsichtnahme gegen das gewissenlose Treiben der Schwarzhändler, Wucherer und Preistreiber die stärkste Erbitterung auslösen müsste.

Den zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens notwendigen Maßnahmen widersetzt sich mit Unachtsamkeit die

Selbstsucht der besitzenden Klassen

in Stadt und Land. Darum der Schrei nach vollster Freiheit der Ausbeutung. Darum die vom Kontrollrat gekennzeichnete Welle von einem Winkel des Landes bis zum andern. Darum der Kampf, den die Arbeitgeber im Reich und in Preußen gegen ihre eigenen bürgerlichen Regierungsparteien um die notwendigsten Beschränkungen zu führen entschlossen sind.

Vorn lenkt dieses Treiben das Verhalten jener

parteiregierenden Familien,

die, nachdem sie durch ihre Unfähigkeit das Land ins Unglück gestürzt haben, [illegible] zu können, auf [illegible] Privatrechte [illegible], was ihnen die Revolution vordem zu leben bereit sind.

Gegen diese Ausschreitungen verbrecherischer Eigensucht muß das arbeitende Volk den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen. Der kann es mit Aussicht auf Erfolg nur dann tun, wenn es bereit ist, ihm zur geschlossenen Disziplin zu führen und dem Wohl der Gesamtheit alle Opfer zu bringen, die in den Grenzen seiner Kraft liegen. Denen aber, die arbeiten oder arbeiten wollen, muß ein gerechter Anteil an den vorhandenen Vorräten zur Fristung ihres Lebensunterhalts gewährt werden. Die notwendige Stabilisierung unsrer Valuta darf nicht erkauft werden durch den Untergang von Volksschichten, die zum Leben berechtigt und zur Arbeit bereit sind.

Die Ziele des arbeitenden Volkes sind nur zu erreichen auf dem Boden

der Republik und des allgemeinen Wahlrechts.

Diese teuer erkauften idealen Güter darf die Arbeiterklasse nicht preisgeben oder gefährden, weil ihr die Weltkrise und der unentwickelte Stand unsrer Wirtschaftsverfassung die Erfüllung gerechter materieller Ansprüche noch versagen. Die Republik und das allgemeine Wahlrecht muß ein jeder mit Einsatz seines Lebens, wenn es sein muß, auch seines Lebens, zu verteidigen bereit sein. Laßt euch nicht einschläfern, verkennt nicht die drohende Gefahr!

Die monarchistische Reaktion, die im März des verflossenen Jahres ihre vorzeitigen Pläne an der Macht des Generalstreiks scheitern sah, hat ihre Taktik geändert. Jetzt richtet sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf die kommenden

preußischen Landtagswahlen,

bei denen sie durch schlauen Wahlkreisgeometrie eine ihr passende Mehrheit zu schaffen und den Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen hofft, um so freie Bahn für ihre weiteren Unternehmungen zu gewinnen. Inzwischen lauert sie auf kommunistische Torheiten, die ihr das Signal dazu geben sollen, mit vermeintlicher Hand ihr heutiges Ziel zu verwirklichen. Wer zu solchen Torheiten rät, wer weiter dazu hilft, die Arbeiterklasse durch inneren Kampf zu zerfleischen, wirkt für den Sieg der Feinde.

Genossinnen und Genossen! Schwer sind die Aufgaben, die vor uns liegen. Wir nehmen sie auf im Vertrauen auf die wachsende Selbstbesinnung des Proletariats, die unaufhaltsam vordringende Erkenntnis, daß nur die Einigkeit im Zeichen der Sozialdemokratie den Sieg bereiten kann.

Ein Jahr großer organisatorischer Erfolge liegt hinter uns, es gilt, sie fortzusetzen und zu vollenden.

Glückauf zum Neuen Jahr! Wir zurück, sondern den Blick fest auf die Zukunft gerichtet unermüdlich vorwärts!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, Neujahr 1921.

Der Parteivorstand

Bartels. Adolf Braun. Rich. Fischer. Otto Frank. Heinrich. Hildenbrand. Marie Juchacz. Franz Krüger. Molkenbuhr. Hermann Müller. Pfannkuch. Ritter. Elfriede Nyneck. Heinr. Schulz. Stampfer. Stelling. Wels.

Die Uebergabe von Fiume

d'Annunzios Abfahrt

tu. **Mailand**, 31. Dezember. Fiume hat sich vollkommen ergeben. Gestern mittag nahmen die Abgesandten Fiumes die von General Caviglia gestellten Bedingungen an: Abzug der Legionäre, Auskahr der regulären Schiffe und Uebergabe der irregulären Einheiten an die italienische Regierung, Racumun, der Inseln Arbe und Veglia, Besetzung der Stadt und des Gebietes von Fiume durch reguläre italienische Truppen. d'Annunzio entband die Legionäre von ihrem Eid. Es heißt, daß er heute noch Fiume mit Flugzeug verlassen und sich dauernd im Ausland aufhalten werde.

Die letzten Nachrichten aus Fiume haben in ganz Italien große Genugtuung hervorgerufen, da nunmehr auch Italien endlich seine Ruhe finden und zur seinen Wiederaufbau sorgen kann.

wtb **Rom**, 30. Dezember. Die Blätter heben die von dem italienischen Heer und der Marine bei den Ereignissen vor Fiume bewiesene Disziplin hervor. Beide hätten ihre schwere Aufgabe, ohne auch nur zu schwanken, erfüllt. Heer und Marine seien dafür von der öffentlichen Meinung gelobt worden, die sich entschieden gegen jedes neue Abenteuer erklärt habe.

Notenwechsel über die Polizei

Berlin, 30. Dezember. Der Vorsitzende der interalliierten Militärkontrollkommission General Nollet hat an den Direktor der Friedensabteilung im Auswärtigen Amte am 23. Dezember folgende Note gerichtet:

Zwei Monate nach Ablauf der für die Auflösung der Sicherheitspolizei bestimmten Frist ist die interalliierte Militärkontrollkommission noch nicht im Besitze aller Verfügungen, die die beteiligten Länder des Reiches behufs dieser Auflösung zu treffen hatten, außerdem hat sie keine Kenntnis davon erhalten, daß irgend eine Ausführungsmaßnahme zur Anwendung der ihr mitgeteilten Verfügungen getroffen worden wäre. An keiner Stelle des Reiches hat der Kontrolle festgestellt, daß die Aufhebung der Sicherheitspolizei durchgeführt oder auch nur im Gange wäre. Sie hat im Gegenteil festgestellt, daß die gegenwärtige Ordnungspolizei in dieser Hinsicht ist als die Sicherheitspolizei, verursacht um einen Teil der militärischen Kräfte Polizei, daß die Stärke der Polizei in Zivilkleidung [illegible] Verwaltung erhöhen hat, die sich nach den Bestimmungen [illegible] des Friedensvertrages nicht rechtfertigen läßt. Die [illegible] Kontrollkommission nimmt Akt von der Verletzung des Friedensvertrages und der Note von Boulogne, die sich [illegible] wiederholenden Tatsachen ergibt. Sie beehrt sich, [illegible] zu bitten, daß die Sicherheitspolizei sofort vollständig aufgelöst wird und daß die Gesamtstärke der Beamten und [illegible] der verschiedenen Arten von Polizei auf das Maß herabgesetzt wird, das sich aus der Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages ergibt. Ich bitte außerdem im Anschluß an [illegible] vom 17. Oktober d. J. Nr. 1176, daß sobald wie möglich der Kommission mitgeteilt wird der Bestand aller Polizeikräfte und -ausrüstungen in Zahl und Uniform — nach Klassen geordnet — [illegible] verschiedenen Staaten des Reiches einerseits im Budget von 1913 und anderseits im Budget von 1920 vorgesehen ist.

Auf diese Note ist vom Auswärtigen Amte folgende Antwort am 24. Dezember gegeben worden:

Ich beehre mich, den Empfang der Note vom 23. d. M. [illegible] betreffend die Aufhebung der Sicherheitspolizei zu bestätigen. Im Namen der deutschen Regierung protestiere ich gegen die Behauptung, daß Deutschland die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und der Note von Boulogne über die Polizei verletzt habe. Die deutsche Regierung erhebt Anspruch auf eine gerechtere Beurteilung. Eine ausführliche Beantwortung der Note behalte ich mir vor. Ich bemerke heute nur folgendes:

Die deutsche Regierung hat erst Anfang Oktober nach langwierigen Verhandlungen mit den von Ihnen beauftragten Offizieren Kenntnis darüber erhalten, was nach Ansicht der Kontrollkommission zu geschehen hätte, um den Anforderungen der Note von Boulogne zu genügen. Erst dann konnten die grundlegenden Verfügungen erlassen und die Durchführungsbestimmungen ausgearbeitet werden. Die getroffenen Anordnungen entsprechen in jeder Hinsicht dem Friedensvertrage und der Note von Boulogne. Selbstverständlich erfordert die Umbildung eines so großen Beamtenkörpers, wie es die deutsche Polizei ist, eine gewisse Zeit, so daß es nur natürlich ist, wenn das Ergebnis noch nicht überall für die Kontrolle erkennbar wurde. Wie wenig die Behauptung, daß die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes als eine noch verstärkte Sicherheitspolizei sei, den Tatsachen gerecht wird, ergibt sich aus der Beunruhigung, die in der öffentlichen Meinung durch die tiefeinschneidenden Reorganisationsmaßnahmen hervorgerufen worden ist. In weiten Kreisen ist die Befürchtung entstanden, daß die Polizei in der neuen veränderten Gestalt ihren Aufgaben nicht gewachsen sein würde.

Der Botschafterkonferenz ist eine deutsche Note übermittelt worden, in der gegen die Unterstellung protestiert wird, daß Deutschland den Friedensvertrag in der Polizeifrage verletzt habe. Die deutschen Botschafter sind angewiesen worden, die Angelegenheit mündlich mit den Regierungen der Ententeländer zu besprechen.

Vertuschungsversuche der Regierung

Halbamtlich meldet W. T. B. um die Mittagsstunde:

In der Reichskanzlei fand gestern mit Vertretern der Ruhrbergleute, die aus Anlaß anderer Sitzungen, u. a. des Reichskohlenrats, in Berlin anwesend waren, eine Besprechung über die Verwendung der fünf Goldmark aus dem Sparkommen für die Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter statt. Dabei sind auch andre Fragen besprochen worden. Den Vertretern der Bergarbeiter wurden von seiten der Regierung in vertraulicher Aussprache eingehende Mitteilungen über die politische Lage gemacht. Hierbei wurden, wie wir erfahren, weder Forderungen gestellt, noch Zusagen gegeben. Die rückhaltlose Aussprache hat zu einem guten Ergebnis geführt. Dagegen wurde vereinbart, die Frage der Gehaltsaufbesserung mit dem zuständigen Ressort am Mittwoch nächster Woche an der Hand bereits vorliegender Unterlagen eingehend zu erörtern.

Der Vorwärts bemerkt dazu: Diese lendenlahme Erklärung leugnet weder noch gesteht sie zu, daß die Frage der bayerischen Einwohnerwehren ein Gegenstand der Besprechung war. Das Ganze ist ein offiziöser Vertuschungsversuch, bei dem offenbar, wie bei den Noten an die Entente, die Herren Kahr und Eischerich der Reichsregierung die Feder geführt haben.

Wir halten demgegenüber den Inhalt unsrer Meldung vollkommen aufrecht, die uns aus guter Quelle bestätigt werden. Wenn die Eischerich-Leute in der bayerischen und in der Reichsregierung wirklich glauben, daß sie mit ihrer Vogel-Strauß-Politik auf die Dauer die Welt täuschen können, so spricht das nicht nur gegen ihre politische Ehrlichkeit, sondern auch gegen ihre Klugheit. Ihre Quittung werden sie bald erhalten, aber wir protestieren dagegen, daß die Reichsregierung hilft, die von den Kahr-Leuten geschaffene Atmosphäre politischer Unwahrhaftigkeit mit ihren der Wahrheit widersprechenden Dementis noch mehr zu vergiften.

•

Ueber die Vorstellungen der Bergarbeiterführer bei der Regierung berichtet der Vorwärts noch folgendes:

Die Deputation der Bergarbeiter, über die wir in unsrer heutigen Morgenausgabe nach einer Meldung des Hamburger Fremdenblatts berichteten, stellt sich als eine sehr ernst zu nehmende und bedeutungsvolle Angelegenheit dar. Durch die Deputation waren offiziell vertreten: der alte (freigewerkschaftliche) Bergarbeiterverband, die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Bergarbeiterorganisation. An der Spitze der Deputation standen, wie wir erfahren, die Führer dieser drei Verbände, Hue, Baltrusch und Hartmann. Die Forderung, daß die Reichsregierung die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr durchführen und damit die fortdauernde Beunruhigung des Ruhrgebiets durch den Ententeeinmarsch beseitigen soll, wird als von der gesamten organisierten Bergarbeiterschaft einmütig und einhellig aufgestellt. Ebenso einmütig sind die organisierten Bergarbeiter sämtlicher Richtungen in der Anschauung, daß die Kohlenförderung für Bayern eingestellt werden wird, wenn die Regierung Kahr sich nicht endlich zur Vernunft entschließt.

•

Man kann nur dringend wünschen, daß die Bergarbeiter sich durch die Beschwichtigungsversuche der Reichsregierung nicht irre machen lassen. Der Kahr-Regierung muß gezeigt werden, daß sie ihre reaktionären Unverschämtheiten nicht mehr ungestraft weiter treiben darf.

•

Protest gegen den Kahr-Terror

Der Stadtrat von Nürnberg befaßte sich, nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung, mit der Verfügung der Staatskommissare der bayerischen Regierungsbezirke über die Handhabung der Vorschriften für die Genehmigung von Versammlungen. Der Aeltestenausschuß des Stadtrates hat folgenden Antrag des Stadtrates und Landtagsabgeordneten Giermann (Soz.) sich zu eigen gemacht:

„Der Stadtrat wolle beschließen: Die Verordnung der Staatskommissare, die für alle Versammlungen die Genehmigungspflicht fordert, wird vom Stadtrat als eine völlig unbegründete und unzulässige Knebelung des Vereins- und Versammlungslebens mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Der Stadtrat ist nach wie vor der Auffassung, daß die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern, auf Grund dessen die Verordnung erlassen wurde, der gesetzlichen Grundlage entbehrt. Er protestiert daher mit Nachdruck gegen dieselbe und fordert mit Hinblick auf frühere Anträge erneut die Aufhebung des Ausnahmezustandes.“

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben, der Protest wird nicht nur der Staatsregierung und dem Landtag, sondern auch dem Reichspräsidenten und dem Reichstag zugeleitet.

Sachsens Wünsche an das Reich

Ministerpräsident Wilhelm Buck hat einer Berliner Zeitschrift auf deren Ersuchen über obiges Thema folgende Auskunft gegeben:

Was uns am meisten am Herzen liegt, ist die Regelung des Lastenausgleichs für die Kosten der Erwerbslosenfürsorge. Sachsen hat nur 7,8 Prozent der Einwohner Deutschlands, aber rund 29 Prozent aller Erwerbslosen des Reiches! Im sächsischen Etat sind für Erwerbslosenunterstützung für das laufende Jahr nicht weniger denn 155 Millionen Mark vorgesehen, eine Summe, die unser Land schwer belastet. Wir haben deshalb wiederholt vom Reiche verlangt, daß es diese Lasten gleichmäßig auf die Länder im Verhältnis zur Bevölkerungszahl verteilt. Denn während uns die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge nahezu erdrücken, hat Mecklenburg fast gar keine zu tragen, weil dort, was ja an sich nur erfreulich ist, keine Arbeitslosigkeit herrscht. Sachsen leidet also doppelt, einmal unter dem Daniederliegen seiner Industrie und außerdem durch die Kosten für seine rund 100 000 Erwerbslosen. Wir würden uns freuen, wenn das Reich im neuen Jahre den sehnlichst erwünschten Ausgleich endlich finden möchte.

Sachsen wünscht ferner, daß der jetzige Bestand des Reiches gewahrt bleibe, daß deutsch bleibe, was bisher deutsch war, und daß alle Bewohner in einem einheitlichen Deutschland leben und hoffentlich wieder glücklich werden können. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß Sachsens Regierung die Reichsverfassung als oberstes Recht in Deutschland ansieht und auf dem Standpunkt steht, daß sie zwingendes Recht ist, daß insbesondere Reichsrecht das Landesrecht bricht.

Wichtige Arbeiten auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung werden in den nächsten Monaten diejenigen sein, die den Ausbau des Arbeiterrechtes, der Arbeiterversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Sozialgesetzgebung überhaupt, betreffen. Sachsen hat zu diesem Zweck bei der Gesandtschaft in Berlin eine eigene Vertretungsstelle errichtet, durch welche dafür gesorgt wird, daß die Wünsche der sächsischen Arbeiterschaft an die Reichsgesetzgebung bei diesen Reformen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Wir hoffen, daß das Reich diese Wünsche Sachsens angesichts des Umstandes, daß wir zu 82 Prozent ein Industrieland sind, wohlwollend erfüllt.

Sachsens Regierung hat durch mich die Bereitwilligkeit ausgedrückt, an allen Arbeiten des Reiches mitzuwirken. Wir werden Einspruch erheben und Abänderungen fordern, wenn es notwendig erscheint, wir werden zustimmend mitwirken, wenn ein guter und nützlicher Erfolg zu erwarten ist. Die großen, der Erledigung harrenden wirtschaftlichen Aufgaben, die Vergesellschaftung der Bodenschätze und die Nutzbarmachung unsrer Wasserkräfte zur Wasserversorgung und Energieerzeugung sowie die Regulierung der Wasserläufe werden von uns in sozialistischem Sinne gefördert werden. Daß wir auf dem Gebiete der Ernährungspolitik einen langen Wunschzettel haben, verrät sich bei der Struktur unsers Landes von selber. Zwar haben die bisherigen Bemühungen Sachsens bei dem Reichsernährungsministerium, Sachsen besser mit Lebensmitteln zu versorgen, angesichts unsrer Notlage wohl Beachtung gefunden. Ein Gleichgewicht zwischen Bedarf und Angebot ist aber bei weitem noch nicht erreicht und wir können noch nicht sagen, daß die größten Schwierigkeiten für die sächsische Regierung überwunden wären. Soweit das Reich auf diesem Gebiete vorgeht, wird es unsre lebhafteste Unterstützung finden. Die Verhältnisse unsers vornehmlich industriellen Sachsens sind derartig, daß es selbst dann noch erhebliche Hilfe des Reiches braucht, wenn alle sächsischen Landwirte das vorgeschriebene Soll voll abliefern. Unsre geballte Bevölkerung hofft, daß das Reich hier im kommenden Jahre erheblich durchgreifender helfen möge, als bisher.

Wir sind seit langer Zeit bemüht, vom Reiche Staatsaufträge und Aufträge wegen auf dem Gebiete der Arbeiten des Wiederaufbaues für die sächsische Industrie zu erhalten. Anders ist die große Zahl unsrer Erwerbslosen kaum einzudämmen. Sachsens bedeutende Exportindustrie bedarf dringend der Aufträge aus aller Welt. Alle Bemühungen, uns solche Aufträge zu verschaffen, werden von der Regierung stets unterstützt werden.

Wir führen ferner Verhandlungen mit der Reichsregierung und dem Sozialen Ausschuß des Reichstags zwecks Herbeiführung einer laufenden Aufbesserung der Renten der Sozialversicherungen. Wir werden auch bei unserm Wunsche, die Reform des Schulwesens, des Seminarwesens und der Lehrerausbildung usw. innerhalb des Rahmens der Reichsverfassung durchzuführen, Gelegenheit haben, die Politik des Reiches zu erwirken, um der Jugenderziehung und der Jugend den gebührenden Anteil am Wiederaufbau unsers Volkes zu sichern. Ebenso erhoffen wir Erfolg von unsern Verhandlungen mit der Reichsregierung über die rechtliche und tatsächliche Ablösung der Religionsgemeinschaften gemäß § 38 der Reichsverfassung. Wir wünschen, daß die dem Sinne des Artikel 173 der Reichsverfassung auferlegte Verpflichtung endlich erlischt und die Religionsgemeinschaften sich nach den dritten Abschnitt der Reichsverfassung gebildet haben, einrichten können.

(Schluß folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201231/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG